

Parteien im Programm-Check

GESAMMELT VON: Peter Mayr und Karin Riss

SPÖ

Bis zu einem Einkommen von 1500 Euro soll laut SPÖ-Plan künftig keine Einkommenssteuer mehr anfallen – das würde zu einem Einnahmenausfall von 2,3 Milliarden Euro führen. Die Lohnnebenkosten sollen um drei Milliarden gesenkt werden, wodurch sich eine Gesamtentlastung von fünf Milliarden ergeben würde. Die Gegenfinanzierung soll über eine Erbschaftssteuer (500 Millionen), eine Wertschöpfungsabgabe (1,5 Milliarden), das Schließen von Umgehungskonstruktionen von Konzernen (eine Milliarde) und stärkeres Wachstum (zwei Milliarden) erfolgen.

FPÖ

Eine Erbschaftssteuer ist für die FPÖ „unfair“, für die versprochenen Steuerentlastungen müssen also andere Einnahmequellen herhalten. Immerhin geht es um ein Volumen von zwölf Milliarden Euro. Lohn- und Einkommenssteuer sowie Lohnnebenkosten sollen gesenkt werden. Auch die sogenannten „Bagatellsteuern“ sollen fallen.

NEOS

Lohnnebenkosten senken, Dienstgeber- und Dienstnehmerbeitrag zusammenlegen, keine Sonderregelung beim 13. und 14. Monatsgehalt, Eingangssteuersatz senken, Höchststeuersatz anheben – so die Eckpunkte des pinken Steuerkonzepts. Länder und Gemeinden sollen Steuerhoheit erhalten. Auch die kalte Progression will man abschaffen.

SPÖ

Den Papamont für Beamte will die SPÖ allen Vätern ermöglichen – mit Rechtsanspruch, bei voller Entgeltfortzahlung. Das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare soll fallen, das Gleichbehandlungsgesetz müsse angepasst werden. Und, nicht nur bildungsrelevant: Auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr soll es Rechtsanspruch geben.

FPÖ

Geht es nach den Blauen, sollen Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Kinderbetreuungsgeld jährlich an die Inflation angepasst werden. Das Kinderbetreuungsgeld will man zu einer Art „Elterngeld“ bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes umbauen. Den Kündigungsschutz will die FPÖ an die maximale Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgelds anpassen. Außerdem bräuchten Familien steuerliche Begünstigungen (siehe oben).

NEOS

Die Familienbeihilfe will man bei den Neos neu gestalten: Die „Familienzeit“ statt Karenz soll im maximalen Ausmaß von 20 Monaten möglich sein. Ermöglicht werden soll auch, dass beide Elternteile gleichzeitig zu Hause bleiben. Bei der Elternteilzeit wollen die Neos eine Reduktion der Arbeitszeit auf maximal 40 Prozent, möglich sein soll sie bis zum siebten Geburtstag des Kindes.

SPÖ

Rotes Vorhaben für 2030: Bis dahin sollen 100 Prozent des Stroms aus Österreich kommen, „fast zur Gänze“ aus erneuerbaren Energien. Auch die Neuzulassung von Benzin- und Dieselfahrzeugen sollen 2030 ein Ende haben. Dafür müsse ehestens die Ladeinfrastruktur für Elektroautos ausgebaut werden. Landwirtschaftsförderungen soll es künftig nur mehr für jene geben, die sich dem Prinzip Nachhaltigkeit „mit Schwerpunkt auf umweltgerechte Produktion“ verschrieben haben.

FPÖ

Die FPÖ will der Anwalt der Autofahrer sein: Ein Aus für Verbrennungsmotoren ab 2030 lehnt man nicht ab, Vizeparteichef Norbert Hofer gibt sogar eine „Nutzungsgarantie für Dieselfahrzeuge bis 2050“ aus. Klimaschutz ist kein freiheitliches Kernthema. Lieber will man über den Anteil der menschengemachten Umweltbeeinträchtigungen diskutieren. Kern- und Kohlekraftwerke wollen die Blauen trotzdem nicht. Lieber sollten Sonnen-, Wasser- Wind- und Bioenergianlagen ausgebaut werden.

NEOS

Die Neos legen ihr Konzept umfassend an: Zur Rettung des Planeten reiche die Energiewende alleine nicht aus, auch unsere Konsumgewohnheiten müssten sich ändern. Helfen soll ein „Konsumenten-Informations-System“, das mittels Farbtafeln über die Nachhaltigkeit eines Produkts informiert. Überraschend: Eine Deckelung des Pro-Kopf-Energieverbrauchs wird angedacht. Alternative Energieformen will man fördern.

ÖVP

Gewinne von Kapitalgesellschaften sollen nur besteuert werden, wenn sie tatsächlich ausgeschüttet werden. Investitionsabschreibungen sollen flexibler werden. Der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds würde halbiert. Die Einkommenssteuersätze will man auf 20, 30 bzw. 40 Prozent senken. Großes Fragezeichen: die Gegenfinanzierung.

GRÜNE

Auch die Grünen wollen die Steuern auf Arbeit senken. Zur Gegenfinanzierung braucht es eine Erbschaftssteuer, allerdings soll diese früher greifen als im roten Steuerkonzept: Die Grünen sprechen von einem Freibetrag von 500.000 Euro. Steuervorteile will man an saubere Energieformen koppeln. Heißt umgekehrt: höhere Steuern auf Kohle, Öl und Gas sowie Flugverkehr.

LISTE PILZ

Weil bei der Liste Pilz die Kandidaten das Programm sind, feilt der ehemalige Grünen-Budgetexperte noch an letzten Details des Steuerkonzepts. Kurz: Mit einem Entlastungsvolumen von 2,5 Milliarden Euro will man sich v. a. auf niedrige Einkommen konzentrieren. Die Erbschaftssteuer dient zur Gegenfinanzierung – Freibetrag 500.000 Euro.

ÖVP

Ihr Steuerbonus für Familien mit Kind brachte die Volkspartei in Erklärungsnot. Man hatte auf geringverdienende Alleinerzieherinnen vergessen. Die Idee: Statt wie bisher Kinderbetreuungskosten absetzen zu können, sollten künftig für jedes Kind unter 18 Jahren um bis zu 1500 Euro weniger Steuern gezahlt werden. Später hieß es: Alleinerzieherinnen sollten die Steuergutschrift vom Kindesvater einfordern.

GRÜNE

Den Grünen liegt viel daran, die Männer mehr ins Boot zu holen. Daher soll es einen Rechtsanspruch auf einen bezahlten Papamont geben. Beim Kinderbetreuungsgeld wollen sie „mehr Monate, die für Väter reserviert werden“. Um eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf zu erzielen, braucht es längere Öffnungszeiten, weniger Schließtage und kleinere Gruppen in leistungsfähigen Kinderbetreuungseinrichtungen.

LISTE PILZ

Ein festgeschriebenes Programm zur Familienpolitik gibt es nicht. Zuständig für diesen Bereich ist Maria Stern. In der Frage der Väterbeteiligung nennt sie Skandinavien als Vorbild mit höherer Karenzbeteiligung der Männer. Die Elternkarenz will man steuerlich begünstigen, leistbare Kinderbetreuungsplätze ausbauen. Am allerwichtigsten sei die Sicherung des Unterhalts. Die gemeinsame Obsorge gehöre evaluiert.

ÖVP

Auch die ÖVP spricht von einem Österreich-Ticket, von einem Ausbau der Ladestationen für Elektrofahrzeuge und einer Förderung erneuerbarer Energieformen. Ein „Bestbieterprinzip“ bei der Lebensmittelbeschaffung soll künftig ökologische Auswirkungen bei Herstellung und Transport berücksichtigen. Ein Aus für Diesel- und Benzinfahrzeuge wird von den Türkisen nicht aktiv thematisiert, Grundton: Man wolle keine Verbote.

GRÜNE

Die Grünen wollen in ein österreichweites Öffi-Ticket investieren – Kosten: 1095 Euro pro Jahr. Benzin und Diesel-Pkws sollen ab 2030 nicht mehr zugelassen werden, das Ende der Gasheizungen soll 2050 erfolgen. Natürlich sollen auch „kontraproduktive Steuervorteile“ – etwa das Dieselprivileg – fallen. Außerdem soll es in 13 Jahren möglich sein, dass 100 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbarer Energie kommt.

LISTE PILZ

Martha Bismann heißt die Kandidatin, die bei der Liste Pilz für die Energiewende zuständig ist. Mittels Ausbau und „Förderung von Energiespeichersystemen“ will sie sich für einen „Totalausstieg aus fossiler Energie und importierten Atomstrom“ bis 2030 einsetzen. Konsumentenschützer Peter Kolba will bei der Besteuerung von Kraftstoffen den umgekehrten Weg gehen: Die Mineralölsteuer für Benzin soll auf Dieselniveau gesenkt werden.